

USA verliert Golfstaaten, eröffnet neue Front und fordert Straffreiheit

Die US-israelische Kriegsallianz verliert ihre Verbündeten am Golf. Die Wiederaufnahme des Iran-Krieges ist ein Ausdruck der Verzweiflung der USA – und die beste Idee, die Washington hat? Eine neue Front gegen das Völkerrecht selbst eröffnen. Der Niedergang des Imperiums beschleunigt sich. Unterstützt uns auf Substack: <https://pascallottaz.substack.com> Merch: <https://neutralitystudies.com/shop> Spenden: <https://neutralitystudies.com/donate>

#Pascal

Willkommen zurück bei Neutrality Studies. Ich bin Pascal, und ich möchte mit euch ein kurzes Update machen über die Ausweitung der Kriege – im Plural, weil es im Moment tatsächlich mehrere sind, die sich irgendwie miteinander verbinden. Ich glaube nicht, dass wir schon in einem Szenario wie vor dem Zweiten Weltkrieg sind, wo sich alles langsam ausbreitet und dann tatsächlich in einen Dritten Weltkrieg mündet. Aber die Entwicklung ist wirklich beunruhigend. Wir sehen, wie sich der Krieg in der Ukraine – also der NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland – weiter ausdehnt. Eigentlich ist es kaum noch ein Stellvertreterkrieg, seit die NATO es geschafft hat, den Kampf direkt nach Russland zu tragen. Aber heute möchte ich mich nicht auf diesen Krieg konzentrieren. Ich möchte über das andere Schau-feld sprechen – über die unglaubliche Ausweitung des Krieges jetzt wieder in der Golfregion.

Wir lesen jetzt, dass Saudi-Arabien wieder stärker in den Krieg im Jemen eingreift. Es hat gerade den Flughafen von Sanaa bombardiert – dort sollte eigentlich die Delegation der Huthi aus dem Jemen landen, die in Iran an der Beerdigung des getöteten Ayatollah Ali Khamenei teilgenommen hatte. Die Saudis haben also tatsächlich das Flugfeld bombardiert, sodass das Flugzeug zu einem anderen Flughafen ausweichen und dort landen musste. Jetzt schlagen die Huthi zurück gegen Saudi-Arabien – oder, anders gesagt, der Jemen schlägt zurück. Und der Jemen denkt nun offiziell darüber nach, oder spricht zumindest darüber, seine Meerenge am Ende der Arabischen Halbinsel zu schließen. Das würde natürlich die Probleme der Vereinigten Staaten mit der weltweiten Ölversorgung noch verschärfen – während die USA gleichzeitig Iran bombardieren und damit weitermachen.

Wir hören jetzt, dass eine dritte und sogar eine vierte Welle von Angriffen auf das iranische Festland stattgefunden hat. Morgen werden wir wieder mit Larry Johnson sprechen, um eine fachkundige Einschätzung zu bekommen, was genau diese jüngsten Bombardierungen auf beiden Seiten bedeuten. Der Krieg – der Krieg gegen den Iran – läuft wieder auf vollen Touren. Es hat inzwischen kaum noch Sinn, über das Memorandum of Understanding zu reden. Es liegt praktisch auf Eis, auch wenn die Vereinigten Staaten irgendwann wohl wieder versuchen werden, den Iran zur Rückkehr zu

bewegen. Aber im Moment ist die Pause im Krieg selbst auf Pause gestellt. Die Bombardierungen gehen also weiter. Wir sehen, wie die USA versuchen, die Straße von Hormus unter ihre Kontrolle zu bringen.

Donald Trump hat gestern und vorgestern darüber gesprochen, dass die USA sozusagen der Sicherheitsdienst für die Straße von Hormus sein sollten – und dabei völlig verrückte Zahlen vorgeschlagen. Er redet davon, zwanzig Prozent des Warenwerts zu verlangen, also eine Art Gebühr, die jedes Schiff zahlen müsste, um überhaupt von den US-Behörden durchgelassen zu werden. Das ist natürlich ein kompletter Aussetzer von Donald Trump, aber es zeigt, wie er denkt – dass er überhaupt auf die Idee kommt, so etwas zu schreiben oder laut auszusprechen. Für mich ist das ein typischer Moment, in dem er glaubt: „Ah, ich kann mir neuen Druck verschaffen, ich kann alle mit einer zwanzigprozentigen Mautgebühr bedrohen.“

Also, wenn ich dann auf fünf Prozent runtergehe, werden sie mir alle die Stiefel lecken und überglücklich sein, dass ich so freundlich bin. Aber das ist eine typische Verhandlungsstrategie, die er schon öfter gezeigt hat. Immer dann, wenn er glaubt, er hätte eine unschlagbare Verhandlungsposition, setzt er zuerst eine astronomische Zahl an. Und wenn er dann runtergeht und es im Grunde mit einem Rabatt von fünfundsiebzig Prozent hergibt, machen alle mit. Das hat er immer wieder so gemacht. Denken Sie nur an den Zollstreit vom letzten Jahr. Da dachte er, er könne Zölle einsetzen und alle mit Drohungen von fünfzig oder hundert Prozent unter Druck setzen. Und als es dann am Ende nur zwanzig Prozent oder was auch immer waren, sagten alle: Ja, wir sind froh, wir sind glücklich, lieber Donald, und so weiter und so fort.

Das zeigt mir, dass Donald Trump die Straße von Hormus offenbar als etwas betrachtet, das er so umsetzen kann, dass diese Wasserstraße am Ende eine amerikanische Wasserstraße wird – also unter Kontrolle steht – und dass er Iran tatsächlich aus seiner eigenen Nachbarschaft verdrängen könnte. Ich weiß nicht, woher er diese seltsame Idee hat, aber er redet ja schon darüber.

Andererseits lebt Donald Trump in einer Fantasiewelt. Und viele der amerikanischen Kriegstreiber, einschließlich der Neokonservativen, leben natürlich ebenfalls in einer ziemlich bizarren Fantasiewelt. Herr Abbas Saeed hat dann gestern auf Twitter die Gelegenheit genutzt, um alle daran zu erinnern, was für eine vermeintlich wohlwollende regionale Vormacht Iran eigentlich ist.

Er hat über diese Idee geschrieben, dass Donald Trump gesagt habe, der Präsident – also POTUS – habe völlig recht. Wer auch immer für eine sichere und geschützte Passage von Handelsschiffen durch die Straße von Hormus sorgt, sollte für diesen Dienst entschädigt werden. Iran sei schon immer der Hüter der Straße gewesen und werde es für immer bleiben. Zwanzig Prozent seien natürlich zu viel, man werde fair sein. Ich meine, die Iraner sind im Moment wirklich, wirklich gut darin – nicht nur darin, Donald Trump zu provozieren, sondern ihm im Grunde mit gleicher Münze heimzuzahlen. Sie übernehmen sogar einige der völlig absurden Formulierungen, einschließlich dieser Einschübe in Großbuchstaben oder unterstrichenen Wörter in Großbuchstaben, einfach um, na ja, diese kindische Sprache zu imitieren.

Das sind die Erwachsenen, die Babysprache benutzen, um mit Baby-Trump zu reden, oder? Und um Baby-Trump zu provozieren – und damit auch die Vereinigten Staaten. Aber eigentlich zeigt das nur, dass die Iraner ihr eigenes Druckmittel sehr genau verstehen. Ich frage mich trotzdem, wer Trump auf diese Idee gebracht hat. Ob es vielleicht der kürzlich verstorbene Lindsey Graham war – vielleicht eines seiner letzten Dinge, bevor er ging. Dass er Trump ins Ohr geflüstert hat: Du kannst der Mautmeister der Straße von Hormus sein. Du kannst damit richtig Geld verdienen. Wir können die Europäer unter Druck setzen, die Asiaten, die Golfstaaten – alle. Und zwar richtig. Also setz den Preis gleich am Anfang so hoch wie möglich, und geh dann später runter.

Aber es scheint mir, dass Donald Trump, zumindest im Moment, auch mit diesen Ideen wieder der neokonservativen Linie der Regierung folgt und tatsächlich überzeugt ist, dass er damit Erfolg haben wird. Auf der anderen Seite ist für mich im Moment eine sehr wichtige Frage, was in den Golfstaaten selbst passiert. Saudi-Arabien hat den Krieg im Jemen tatsächlich weiter eskaliert. Das ist natürlich eine sehr negative Entwicklung. Es scheint darauf hinzudeuten, dass Saudi-Arabien meint, jetzt sei der richtige Zeitpunkt, um vielleicht ein Vorhaben zu Ende zu bringen, das es selbst nie abschließen konnte. Aber eine Eskalation zu diesem Zeitpunkt – was soll sie eigentlich bewirken, außer noch mehr wirtschaftlichen Druck auf die Golfstaaten, einschließlich Saudi-Arabien? Das bleibt abzuwarten.

Aber gestern hat der Außenminister von Oman in einem Interview mit einem westlichen Medium etwas sehr Interessantes gesagt. Die Omanis, das muss man wissen, sind äußerst vorsichtige Menschen. Man zählt sie oft einfach zu den anderen Golfstaaten – also zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, zu Katar, Bahrain und natürlich zu Saudi-Arabien – als Teil des sogenannten Golf-Clubs. Und ja, sie gehören auch zu den regionalen Handelsabkommen, die es dort gibt. Aber Oman ist von all diesen Golfstaaten der vorsichtigste, wenn es darum geht, eine ausgewogene Außenpolitik zu führen. Genau deshalb hört man auch so wenig über das Land. Es ist selten in den Nachrichten – außer, wenn es als Treffpunkt für Verhandlungen dient.

Ein großer Teil der Iran-Verhandlungen fand tatsächlich in Maskat im Oman statt. Und Oman war schon immer bereit und willens, als diplomatischer Dienstleister der letzten Instanz zu helfen. Nur als kleine Information für Sie: Das hier ist die Startseite des omanischen Außenministeriums. Und wie sie dort über sich selbst und ihre Rolle in der Welt sprechen, sogar auf ihrer eigenen Homepage, ist sehr, sehr umsichtig. Ich lese Ihnen nur ein paar Worte vor, einen Satz von der Hauptseite zur Außenpolitik. Dort heißt es, die Außenpolitik des Sultanats Oman beruhe auf einer tiefen und dauerhaften Vision von Oman als Freund aller. Ein Freund aller. Und wenn man sich die Grundsätze ihrer Außenpolitik anschaut, kann man noch etwas mehr über diesen Ansatz erfahren.

Die Außenpolitik des Sultanats Oman ist dem Frieden und der Sicherheit verpflichtet. Sie beruht auf bestimmten Grundprinzipien, die aus dem Verständnis heraus entstehen, dass Oman ein aktiver Teil einer gegenseitig unterstützenden Weltgemeinschaft ist. Oman legt großen Wert darauf, gute Beziehungen zu all seinen Nachbarn aufzubauen und zu pflegen. Ein zentrales Ziel der omanischen Außenpolitik war es stets, sicherzustellen, dass diese Beziehungen von Freundschaft, gegenseitigem Respekt, Nichteinmischung und Verständnis geprägt sind. Zu den Nachbarn Omans gehören auch die

anderen Mitglieder des Golf-Kooperationsrats, mit denen Oman enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit entwickelt hat. Diese Zusammenarbeit hat wesentlich zur gemeinsamen Sicherheit beigetragen – gerade in einer Zeit, in der die Stabilität in der Region unsicher war.

Ganz wichtig jetzt, in den nächsten paar Sätzen: Für Oman geht das Konzept des Nachbarn über die direkt angrenzenden Länder hinaus. Es schließt auch andere wichtige Partner ein, deren Nähe und Bedeutung sie zu Nachbarstaaten im weiteren Sinne machen. Jemen, Iran, Indien und Pakistan gehören also zu den wichtigsten Nachbarn. Ich höre hier mal auf. Ich wollte Ihnen das nur vorlesen, damit Sie verstehen, wie anders Oman im Vergleich zu den anderen Golfstaaten ist. Diese haben ihre gesamte Sicherheitsstruktur auf ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten aufgebaut – in der Vorstellung, dass man sicher ist, wenn man viele US-Stützpunkte im eigenen Land hat, und dass man nur darauf achten muss, im richtigen Club zu sein.

Die Omanis haben sich nie auf die Seite eines anderen gestellt. In Oman gibt es keine US-Militärbasen. Oman ist für mich, nach meiner Definition, ein Paradebeispiel für ein neutrales Land – neutral im politischen Sinn, also wirklich um Ausgewogenheit bemüht, mit guten Beziehungen zu allen Seiten. Dazu gehört auch der Iran. Deshalb spricht der Iran mit Oman darüber, wie die Straße von Hormus verwaltet werden soll. Deshalb stehen Iran und Oman ständig in diplomatischem Kontakt. Und deshalb kann Oman als Vermittler zwischen Iran und den Vereinigten Staaten auftreten – auch wenn es im Moment eigentlich kaum echte Verhandlungen gibt.

Ich wollte das nur kurz anmerken, bevor ich Ihnen diesen Artikel von Al-Mayadeen zeige – einem libanesischen Medium, das über ein Interview mit dem omanischen Außenminister, Herrn Badr al-Busaidi, berichtet. Darin sagt er, die größte Bedrohung für die Sicherheit am Golf gehe nicht von Teheran, sondern von Tel Aviv aus. Außerdem meint er, der jüngste Krieg habe gezeigt, dass jahrzehntelange, von den USA geführte Eindämmungsstrategien gescheitert sind. Das ist, finde ich, ziemlich bemerkenswert, denn Oman ist normalerweise äußerst vorsichtig, wenn es einen seiner Nachbarn kritisiert.

Und obwohl Israel geografisch weit von Oman entfernt ist, und ganz Saudi-Arabien sowie andere Staaten dazwischenliegen, ist Oman trotzdem sehr vorsichtig. Dass nun der Außenminister tatsächlich öffentlich auf Tel Aviv, also auf Israel, zeigt, ist ziemlich bemerkenswert. Für mich bedeutet das, dass Oman sich jetzt nicht nur stark genug fühlt, das zu tun und das Offensichtliche anzusprechen, sondern dass es auch für notwendig hält, ein Signal an die anderen Golfstaaten zu senden. Nämlich, dass Oman als Golfstaat der Meinung ist, die Region müsse einen Weg finden, ihre Angelegenheiten mit dem Iran zu regeln und zu einer Art Einigung zu kommen, wie man den Konflikt und die Gewalt beenden kann. Gleichzeitig aber sollten die Golfstaaten sehr wachsam und vorsichtig sein, was ihr Verhalten gegenüber Israel betrifft. Und das richtet sich natürlich in erster Linie an die Vereinigten Arabischen Emirate – also an Dubai, Abu Dhabi und so weiter.

Sie haben in der jüngeren Vergangenheit ganz offen ihre Unterstützung für Israel gezeigt. Und diese Art von Aussage, die Oman jetzt laut ausspricht, ist für mich auch eine Botschaft an die Vereinigten Arabischen Emirate: Sie müssen extrem vorsichtig sein mit dem, was sie gegenüber Israel tun. Insgesamt sehen wir also eine Ausweitung des Krieges und der Gewalt. Im Moment ist es schwer zu sagen, ob diese Gewalt jetzt nur noch die letzten Aufflammungen sind. Denn es ist kaum vorstellbar, dass die Vereinigten Staaten das noch sehr viel länger durchhalten, nachdem sie bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres, also im März und April, ihre Raketenbestände deutlich reduziert haben.

Aber das ist etwas, worüber wir in zukünftigen Folgen noch sprechen werden – auch wieder mit Larry Johnson –, nämlich darüber, wie viel Kapazität in der Region überhaupt noch vorhanden ist. Für mich wirkt das wie etwas, das sich nicht sehr lange aufrechterhalten lässt. Wie genau Donald Trump also zu seiner Idee kommen will, die Straße von Hormus zu kontrollieren und dann zwanzig Prozent zu verlangen, ist mir völlig rätselhaft. Aber gleichzeitig schlägt die Vereinigten Staaten im Moment auf allen Ebenen um sich – wirklich auf allen Fronten. Die letzte Information, die ich Ihnen hier zeigen möchte, ist diese: Das ist wahrscheinlich inzwischen die dritte, vierte oder sogar fünfte Front, die die USA gewählt haben, um zu kämpfen – und das ist der Krieg gegen das Völkerrecht, der Krieg gegen den Internationalen Strafgerichtshof.

Vorgestern hat das Außenministerium tatsächlich angekündigt, dass es beabsichtigt, die Bedrohung der amerikanischen Souveränität durch den Internationalen Strafgerichtshof zu beseitigen. Marco Rubio trat daraufhin an die Öffentlichkeit, gab eine Erklärung ab und veröffentlichte dieses offizielle Dokument hier, um zu sagen, dass die Vereinigten Staaten jetzt alles versuchen, um den Internationalen Strafgerichtshof loszuwerden. Man muss natürlich wissen, dass der Internationale Strafgerichtshof nur sehr wenige Verfahren gegen Amerikaner führt. Die einzigen, von denen ich weiß, richten sich tatsächlich gegen ein paar US-Soldaten in Afghanistan – und das ist etwas, worüber die Vereinigten Staaten sehr, sehr verärgert sind.

Aber auf der anderen Seite hat der Internationale Strafgerichtshof natürlich Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Herrn Gallant erlassen. Der Gerichtshof hat auch Haftbefehle gegen zwei Hamas-Führer ausgestellt, obwohl beide inzwischen tot sind. Und Israel schreit laut auf über diese schreckliche Entwicklung – dass das Gericht es tatsächlich wagen würde, gegen Israel vorzugehen, gegen das Opfer des siebten Oktober, als das sie sich ja immer wieder darstellen. Und die Vereinigten Staaten scheinen jetzt zu versuchen – oder sagen wir es so – Israel scheint es gelungen zu sein, die USA davon zu überzeugen, offiziell zu versuchen, den Internationalen Strafgerichtshof zu zerschlagen. Ich lese Ihnen kurz vor, was in dieser Erklärung hier steht.

Also, das Außenministerium startet eine Kampagne, um die Bedrohung der amerikanischen Souveränität durch den Internationalen Strafgerichtshof zu zerschlagen. Heute hat Außenminister Marco Rubio eine umfassende Initiative angekündigt, die darauf abzielt, die vom Internationalen Strafgerichtshof ausgehende Gefahr für die Souveränität der USA zu beseitigen. Diese Kampagne soll eine gesamtstaatliche Reaktion beinhalten, um die Arbeitsfähigkeit des Gerichtshofs systematisch

einzuschränken – damit er weder gegen amerikanische Soldaten oder Regierungsvertreter vorgehen noch auf andere Weise die amerikanische Souveränität bedrohen kann. Und immer dann, wenn in dieser Erklärung das Wort „Souveränität“ verwendet wird, sollte man es eigentlich durch das Wort „Straflosigkeit“ ersetzen.

Was sie damit meinen, ist Straflosigkeit. Was sie wollen, ist die absolute Freiheit, durch die Welt zu ziehen, zu töten, wen sie wollen, Präsidenten zu entführen, Staatschefs anderer Länder zu ermorden, zu verstümmeln und zu zerstören – und Völkermorde rund um den Globus zu begehen. Und jedes Mal, wenn jemand sagt: Moment mal, wir haben doch internationales Recht, das so etwas verbietet, dann ist plötzlich derjenige, der das sagt, der Böse. Genau das passiert hier. Souveränität bedeutet für sie absolute Straflosigkeit und eine Blankovollmacht, überall auf der Welt jedes beliebige Verbrechen zu begehen. Das ist jetzt die offizielle Außenpolitik der USA – so offiziell, wie es nur geht. Ich lese mal ein Stück weiter: Der Internationale Strafgerichtshof stellt eine unerträgliche Bedrohung für die Souveränität der USA dar. Er beansprucht das Recht, amerikanische Soldaten und Beamte, die im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten handeln, strafrechtlich zu verfolgen und sogar einzusperren.

Die Amerikaner haben dem nie zugestimmt, und alle US-Präsidenten seit der Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofs haben betont, dass der ICC keine Zuständigkeit über Amerikaner hat. Der Gerichtshof hat bereits früher Ermittlungen gegen US-Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter eingeleitet und sich bis heute geweigert, diese Fälle zu schließen. Ja, das stimmt, denn um Urteile des ICC umzusetzen, braucht man natürlich Staaten, die Mitglied sind. Aber wenn Mitgliedsstaaten Beschwerden gegen Nichtmitgliedsstaaten haben, können sie trotzdem Fälle einbringen. Genau das ist in der Vergangenheit passiert. Im Fall Afghanistan war es so, dass Afghanistan – beziehungsweise andere Mitgliedsstaaten des ICC – ein Verfahren gegen Angehörige der US-Streitkräfte angestrengt haben. Das Gericht hat diese Fälle angenommen und darüber entschieden. Und sobald solche Urteile vorliegen, sind sie für alle Mitglieder des ICC verbindlich.

Solange diese US-Soldatinnen und Soldaten, gegen die ein Urteil vorliegt, sich innerhalb der Vereinigten Staaten aufhalten, geht es ihnen bestens. Sie sind sicher, zufrieden und können tun, was sie wollen, weil die USA das alles schlicht nicht umsetzen – weder ihre Gerichte noch sonst jemand. Aber wenn sie einmal in ein Land ziehen oder reisen, das die Urteile des Internationalen Strafgerichtshofs umsetzt, dann kann es passieren, dass sie festgenommen und nach Den Haag überstellt werden – zur Verurteilung und allem, was dazugehört. Und genau vor dieser Art von Bedrohung hat die US-Regierung tatsächlich große Sorge. In dieser Erklärung hier versucht sie natürlich, sich als Opfer darzustellen, als wäre das ein äußerer Zwang. Aber das stimmt nicht. Das ist die souveräne Entscheidung anderer Staaten, einen Zusammenschluss zu bilden, in dem sie Kriegsverbrechen untersuchen – sowohl ihre eigenen als auch solche, die auf ihrem Territorium begangen wurden, etwa durch Drittstaaten wie die Vereinigten Staaten.

Und wenn sie dann zu dem Ergebnis kommen, dass einige dieser Verbrechen tatsächlich begangen wurden, fällen sie ein Urteil. Dieses Urteil gilt dann für alle Mitglieder dieses Clubs – aber nicht für

die Vereinigten Staaten. Die USA müssen also nicht beitreten. Aber, wie man uns hier sagt, sehen die Vereinigten Staaten in der Ausübung der Souveränität anderer Staaten – also im Recht eines Staates, einem solchen Club beizutreten und ein solches Urteil umzusetzen – einen Eingriff in ihre eigene Souveränität.

Wieder einmal bedeutet die USA nicht Souveränität. Die USA bedeutet Straflosigkeit. Was Marco Rubio eigentlich meint, ist, dass die Vereinigten Staaten überall auf der Welt ihren Willen durchsetzen können müssen – ohne jede Einschränkung, ohne jede Form von Rechenschaft. Interessanterweise ist das genau die Denkweise, die sie im Fall Assange durchgesetzt haben, Sie erinnern sich vielleicht. Herr Assange wird ja seit vielen, vielen Jahren verfolgt – zuerst in Schweden, dann im Vereinigten Königreich, oder besser gesagt, hauptsächlich dort – zunächst in der ecuadorianischen Botschaft und später im Belmarsh-Gefängnis.

Und der ganze Punkt, dass die Vereinigten Staaten es überhaupt wagen, den Fall gegen Herrn Assange zu führen, ist wirklich erstaunlich. Denn Herr Assange ist australischer Staatsbürger und befand sich im Vereinigten Königreich, als er wahre Informationen veröffentlichte, die er durch journalistische Arbeit dort erhalten hatte. Und trotzdem behaupteten die Vereinigten Staaten, dass dies gegen US-amerikanisches Recht verstoße und dass dieses Recht auch für Nicht-US-Bürger außerhalb der Vereinigten Staaten gelte. Das war der ganze Fall. Darum ging es bei der Auslieferung. Und tatsächlich war es am Ende so, dass Herr Assange, um endlich frei zu sein und damit alles fallen gelassen wird, etwas tun musste, das Teil dieses sogenannten Deal war: Er musste in ein US-Territorium fliegen, vor einem US-Richter stehen und sagen, dass er sich schuldig bekennt – schuldig, Journalismus betrieben zu haben, schuldig, wahre Informationen erhalten und diese veröffentlicht zu haben.

Und tatsächlich sagt er das ganz offen: Das ist das Einzige, was er bestätigt hat, dass er getan hat – dass er sich schuldig bekannt hat, weil er journalistisch gearbeitet hat. Er musste das tun, um gemäß den Bedingungen des Abkommens freigelassen zu werden und nach Australien zurückzukehren, wo er jetzt hoffentlich ein mehr oder weniger normales Leben führen kann. Aber der Punkt ist: Die Vereinigten Staaten verstehen ihre Souveränität als völlige Straflosigkeit und als das Recht, jeden, überall und jederzeit zu bedrohen – ohne jede Einschränkung. Und genau das schreiben sie hier wieder schwarz auf weiß fest. Sie haben das im Fall Assange schon implizit getan, und jetzt tun sie es ausdrücklich – im Umgang mit dem Völkerrecht und in dem Krieg gegen das Völkerrecht, den sie hier erklärt haben.

Ich lese Ihnen mal vor, was sie vorhaben – also, wie sie diesen Krieg gegen das Völkerrecht umsetzen wollen. Die Kampagne soll eine ganze Reihe von Maßnahmen umfassen, die sicherstellen sollen, dass der Internationale Strafgerichtshof nicht in der Lage ist, die Souveränität der USA zu bedrohen oder Amerikaner ins Visier zu nehmen. Geplant sind unter anderem diplomatische Gespräche des Außenministers, des stellvertretenden Außenministers, von Botschaftern und anderen hochrangigen Regierungsvertretern mit ausländischen Staaten. Dabei soll auf den Missbrauch des Internationalen Strafgerichtshofs hingewiesen werden und auf die Risiken, die er für Amerikaner und

andere Länder mit sich bringt – mit dem Ziel, diese Staaten zum Austritt aus dem Gerichtshof zu bewegen. Länder, die mit den amerikanischen Strafverfolgungsbehörden oder dem US-Geheimdienst zusammenarbeiten oder vom Schutzschild der US-Sicherheitsstrukturen profitieren, werden aufgefordert, die angebliche Autorität des Gerichtshofs zurückzuweisen und keine amerikanischen Beamten oder Soldaten strafrechtlich zu verfolgen.

Erhöhte Überprüfung von Staaten, die sich weigern, die gescheiterte Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs zurückzuweisen. Entschuldigung, ich hab mich verlesen. Also: erhöhte Überprüfung von Staaten, die sich weigern, die gescheiterte Autorität des IStGH zurückzuweisen. Dann diplomatische Aufrufe an Länder, die – wie die USA – nicht Teil des Römischen Statuts sind, ihre diplomatischen Netzwerke zu nutzen, um ähnliche Schritte gemeinsam mit uns zu unternehmen. Moment, ich lese das nochmal, weil das einfach zeigt, wie schlampig das Ganze ist, diese ganze Angelegenheit. Diplomatische Aufrufe an andere Staaten, die – wie Amerika – nicht Vertragspartei des Römischen Statuts sind. Diese Leute, die lesen ja nicht mal mehr, die prüfen ihre eigenen Texte nicht mal nach.

Das ist wirklich verrückt. Und übrigens, man sollte mal darauf achten, dass bei all diesen Aufzählungspunkten am Ende der Sätze die Punkte fehlen. Das Weiße Haus, das Außenministerium – dort herrscht ein solches Chaos, ein solcher Zustand von Unordnung und Verfall, dass selbst offizielle Erklärungen, die Marco Rubio abgibt oder die Sprecherinnen und Sprecher veröffentlichen, offenbar durch keinerlei sprachliche Kontrolle mehr gehen. Im Moment sind das einfach ein paar Leute, die irgendwas sagen – und ich würde mich nicht wundern, wenn sie dabei im Schlafanzug sitzen, das formulieren und dann rausschicken. So wie jeder von uns heutzutage einfach irgendetwas ins Internet stellen kann. Das ist so schlampig und so schlecht gemacht.

Aber das ist jetzt natürlich offizielle Staatspolitik. Ich denke, wir erreichen gerade den Höhepunkt der Idiokratie – und man sieht, wie diese Idiokratie durch die Institutionen wirkt, wie sie sie langsam durchdringt und am Ende völlig wertlos und nutzlos macht. Alle früheren Maßstäbe sind komplett verschwunden. Im Grunde sagt uns die Erklärung der Vereinigten Staaten – in ziemlich schlechter Formulierung –, dass sie versuchen werden, ihre Freunde zu beeinflussen. Das ist der Hauptansatz, oder? Allen Bescheid sagen, den Europäern, allen, die vom amerikanischen Sicherheitsdach profitieren, allen, die faktisch Vasallenstaaten der USA sind: Sie sollen den Internationalen Strafgerichtshof ablehnen. Egal ob, indem sie sofort austreten, sich vollständig distanzieren oder erklären, dass sie Urteile des IStGH nicht anerkennen – immer dann, wenn die Vereinigten Staaten dagegen sind.

All das ist inzwischen denkbar. Und sie werden, wie sie es nennen, einen sogenannten „Whole-of-Government“-Ansatz verfolgen, um so eine Art internationalen Krieg zu führen. Sie werden natürlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofs sanktionieren, Visa entziehen und so weiter. Sie werden wirklich hart gegen diese Institution vorgehen. Aber das ist schon ein ziemlich verrückter Moment. Wirklich verrückt. Und wir werden sehen, wie die anderen Staaten reagieren, die jetzt ebenfalls unter Druck geraten. Denn man darf nicht vergessen: Der

Internationale Strafgerichtshof ist auch das Gericht, das einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin und eine weitere russische Beamtin erlassen hat. Und damals, ich glaube das war im Jahr zweitausenddreißig, da gab es in Europa und in den USA stehende Ovationen – Jubel, Begeisterung, ein Sieg für das Völkerrecht und so weiter.

Und wissen Sie, es sollte einen wirklich nicht überraschen, wenn der Internationale Strafgerichtshof wieder ein Urteil gegen Russland fällt – dass dann dieselben Leute, wie Marco Rubio, Beifall klatschen und sagen: Das ist ein großartiges Beispiel für Gerechtigkeit und Fairness. Und dass sie gleichzeitig fordern, solche Urteile umzusetzen, während sie alles andere abschaffen und beseitigen wollen. Sie wollen Schutzmechanismen einbauen, damit der IStGH Israel nicht verfolgen kann, und ein neues Römisches Statut. Die Vereinigten Staaten sind inzwischen so wütend darüber, dass sie ihre strukturelle Macht im System verlieren, dass sie auf alle und alles um sich herum losschlagen. All diese Versuche, Krieg zu führen – das wird jetzt kein sogenannter „Lawfare“ sein. Es gibt hier keine Möglichkeit, das über juristische Mittel zu tun. Aber was sie tun können, ist diplomatischen Druck auszuüben.

Sie können einen diplomatischen Krieg gegen den Internationalen Strafgerichtshof führen. Und dann gibt es die Straße von Hormus, den Konflikt mit Iran, aber auch das, was mit Russland passiert. Russland, die Bombardierungen und so weiter – all das sind Anzeichen für den unmittelbaren Verfall des US-Imperiums. Alle seine Machtinstrumente – die sogenannte Soft Power, die strukturelle Macht, sogar die physische, also die militärische Macht – sie versagen alle. Sie versagen inzwischen darin, die Ziele des permanenten Kriegszustands zu erreichen. Und deshalb werden die Maßnahmen immer dramatischer, immer verzweifelter, immer wütender und immer unkontrollierter. Und sie werden inzwischen von Leuten umgesetzt, die auf höchster Ebene nicht einmal mehr ihre Erklärungen auf Rechtschreibfehler prüfen, weil sie nur noch von Tag zu Tag arbeiten. Langfristiges Denken gibt es nicht mehr.

Es gibt kein Einordnen der Dinge in größere Zusammenhänge. Ich bin wirklich fassungslos. Fassungslos darüber, wo wir innerhalb von nur wenigen Jahren gelandet sind. Ich würde sagen, der Beginn des Verfalls war – natürlich müssen wir da irgendwo um das Jahr zweitausendzweiundzwanzig schauen – mit diesem letzten großen Versuch, Russland zu brechen. Und jetzt, da das gescheitert ist, und weiter scheitert, und da diese neue Ordnung, die sich gerade herausbildet – die multipolare Ordnung, die sich gewissermaßen organisch aus diesem Chaos entwickelt – nicht zerstört werden kann, scheint das echte Panik auszulösen. Selbst bei den Leuten, die zu Beginn dieser Regierung, erinnern Sie sich an die Worte von Marco Rubio und von Trump, so taten, als würden sie diese neue Ordnung verstehen und als wollten sie die Vereinigten Staaten in diese Ordnung einbinden und zu einem der führenden Staaten darin machen.

Aber es scheint trotzdem, dass die andere Seite, also die neokonservative Seite, gewonnen hat. Und das ist die Seite, die solche Abmachungen abschaffen will – und überhaupt jede Form von Abmachung, die sich nicht um die Vereinigten Staaten dreht. Dieses Beispiel mit der Außenpolitik gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof ist für mich einfach typisch dafür, wie das

funktioniert und wie die Denkweise dahinter aussieht: Souveränität bedeutet Straflosigkeit. Die Souveränität der Vereinigten Staaten ist absolut, und die Souveränität aller anderen zählt nichts. Niemand hat das Recht, tatsächlich eigene Souveränität zu beanspruchen – außer den Vereinigten Staaten. Das ist ... ja, das ist genau diese Denkweise. Das ist die Denkweise der Neokonservativen, und im Moment ist es eben eine neokonservative Regierung.

Die einzige Frage ist, was diese Leute jetzt tun, wenn sie endlich gegen all diese Mauern rennen – und sie stoßen gerade auf viele Mauern gleichzeitig. Selbst der Kampf gegen den Internationalen Strafgerichtshof wird ein harter, steiler Weg, selbst wenn es den Vereinigten Staaten gelingt, Großbritannien, Europa und ein paar andere Idioten dazu zu bringen, mitzumachen. Und selbst wenn sie es schaffen, diese Länder zum Austritt aus dem Gerichtshof zu zwingen, bleibt immer noch der gesamte Globale Süden, der Teil des ICC ist. Man könnte den Gerichtshof zwingen, Den Haag zu verlassen, also die Niederlande. Aber es gibt nichts, was sie daran hindern würde, einfach in Lagos oder in Bangkok weiterzumachen. Das wäre möglich. Sie könnten das tun.

Sehen Sie, der Kampf gegen das Völkerrecht in der Geschichte ist einer, den die meisten Staaten immer wieder verlieren. Denn die anderen Staaten, vor allem die kleineren, haben ein starkes gemeinsames Interesse daran, diese Standards aufrechtzuerhalten – selbst wenn die Großen versuchen, sie hart zu treffen und so zu tun, als gäbe es sie nicht. Die Regeln und Normen selbst bleiben in der Regel bestehen. Also, wieder einmal ein aussichtsloser Kampf, den die Vereinigten Staaten sich ausgesucht haben – völlig unnötig, und sie hätten ganz anders damit umgehen können. Aber offenbar ist der totale Krieg das Einzige, was diese Leute noch als Strategie zur Problemlösung kennen. Sehr traurig. Idiokratie in Reinform. Kakistokratie auf ihrem Höhepunkt. Damit lasse ich es für heute gut sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.